

Überblick über die Corona-Hilfen für betroffene Unternehmen in der Stadt Halle (Saale)

Überblick

Überbrückungshilfe	2
Eigenkapitalzuschuss	3
Insolvenzabwendung	3
Zusätzliche Regelungen für besonders betroffene Branchen	4
Neustarthilfe für Soloselbständige	5
Härtefallhilfe	6
Investitionsbank Sachsen-Anhalt: IB-Konjunkturdarlehen (Sachsen-Anhalt ZUKUNFT)	7
KfW-Schnellkredit	8
KfW-Corona-Hilfe Kreditprogramm	9
Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld	10
Verdienstaufschubentschädigung nach § 56 Infektionsschutzgesetz (IfSG)	11
Ergänzende Hilfen für die Gastronomie	12
Sozialschutzpaket/Grundsicherung	13
Gewerbesteuervergünstigungen	14
Steuerliche Liquiditätshilfen für Unternehmen	15
Bürgschaften der Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt	16

Überbrückungshilfe

Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb im Zuge der Corona-Pandemie direkt oder indirekt einstellen oder stark einschränken müssen, können mit der Überbrückungshilfe umfangreiche Liquiditätshilfen erhalten. Sie ist ein branchenübergreifendes Zuschussprogramm und wird in Abhängigkeit des Pandemieverlaufes verlängert.

Überbrückungshilfe I: Juni 2020 bis August 2020

Überbrückungshilfe II: September 2020 bis Dezember 2020

Überbrückungshilfe III und III Plus: ab Nov. 2020 (überlappend) bis Ende September 2021

Höhe:

Die Überbrückungshilfe III und III Plus beinhalten aktuell einen Fixkostenzuschuss in Höhe von:

- bis zu 100 % der förderfähigen Fixkosten bei einem Umsatzeinbruch > 70 %
- bis zu 60 % der förderfähigen Fixkosten bei einem Umsatzeinbruch $\geq 50\%$ und $\leq 70\%$
- bis zu 40 % der förderfähigen Fixkosten bei einem Umsatzeinbruch $\geq 30\%$ und $< 50\%$.

Die Hilfen haben einen Umfang von maximal 10 Mio. € pro Monat (insgesamt max. 52 Mio. €.) Es sind Abschlagszahlungen von 50 % möglich. Die Überbrückungshilfe beinhaltet auch die Neustarthilfe für Soloselbständige (siehe Seite 5).

Förderfähige Kosten:

Fortlaufende, nicht einseitig veränderbare Fixkosten wie beispielsweise Mieten oder Pachten. Förderfähig sind ferner Zinsaufwendungen für Kredite und Darlehen, Ausgaben für Elektrizität, Wasser, Heizung, Reinigung und Hygienemaßnahmen, Grundsteuern, Versicherungen sowie Kosten für Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer, die bei der Beantragung der Überbrückungshilfe anfallen.

Restart-Prämie:

Um Beschäftigte möglichst schnell aus der Kurzarbeit zu holen und um Neueinstellungen zu fördern, wird eine **neue Personalkostenhilfe** eingeführt: Unternehmen, die im Zuge der Wiedereröffnung Personal aus der Kurzarbeit zurückholen, neu einstellen oder anderweitig die Beschäftigung erhöhen, erhalten wahlweise eine „Restart-Prämie“ als Zuschuss zu den dadurch steigenden Personalkosten. Wenn sich die Personalkosten im Juli 2021 im Vergleich zu Mai 2021 erhöhen, dann erhalten Unternehmen auf diese Differenz einen 60-prozentigen Zuschuss. Für den Fördermonat August beträgt der Zuschuss noch 40 % und im September 20 %.

Antragsberechtigt:

Grundsätzlich sind Unternehmen aller Größen, Soloselbständige und selbständige Angehörige der Freien Berufe im Haupterwerb aller Branchen antragsberechtigt. Anträge für die Phase III und III Plus sind bis zum 31. Oktober 2021 möglich (Frist verlängert).

Antrag:

Die Antragstellung erfolgt über einen Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder vereidigten Buchprüfer in einem vollständig digitalisierten Verfahren. Antragstellung unter: www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de **Hotline:** +49 69 273169555, Montag bis Freitag 8.00 – 18.00 Uhr, BMWI Service-Hotline 030 530 199 322

Eigenkapitalzuschuss

Für Unternehmen, Soloselbständige und selbständige Angehörige der Freien Berufe im Haupterwerb mit einem monatlichen Umsatzeinbruch von mindestens 50 % innerhalb des Zeitraums von November 2020 bis Juni 2021 werden folgende Aufschläge auf die Überbrückungshilfe im jeweiligen Monat des Erreichens der Schwelle gewährt:

- 25 % (auf die Summe der Fixkostenerstattung) bei einem Umsatzrückgang von mindestens 50 % in drei Monaten,
- 35 % bei einem Umsatzrückgang von mindestens 50 % in vier Monaten,
- 40 % bei einem Umsatzrückgang von mindestens 50 % in fünf oder mehr Monaten.

Der Eigenkapitalzuschuss erfolgt dabei zusätzlich zur Fixkostenerstattung. Die entsprechenden Monate müssen nicht unmittelbar aufeinander folgen. Es werden nur Monate berücksichtigt, für die Überbrückungshilfe beantragt wurde. Bei Unternehmen, die November- und/oder Dezemberhilfe erhalten, wird im jeweiligen Monat November und/oder Dezember ein Umsatzrückgang von 50 % angenommen.

Insolvenzabwendung

Insolvenzen sollen möglichst verhindert werden. Deshalb werden künftig Anwalts- und Gerichtskosten, die für die insolvenzabwendende Restrukturierung von Unternehmen aufgebracht werden bis zu 20.000 € pro Monat ersetzt.

Zusätzliche Regelungen für besonders betroffene Branchen

Kultur- und Veranstaltungsbranche:

- Ausfall- und Vorbereitungskosten können rückwirkend bis zu 12 Monate vor Beginn des geplanten Veranstaltungsdatums ab März 2020 bis Dezember 2020 beantragt werden.
- Dabei sind sowohl interne projektbezogene (u.a. Personalaufwendungen) als auch externe Kosten (etwa Kosten für beauftragte Dritte (z. B. Grafiker/in) förderfähig, die tatsächlich angefallen sind und im Bezug zu Corona-bedingt abgesagten Veranstaltungen stehen. Näheres zur Kalkulation und der Beantragung unter diesem [Link](#).
- Zusätzlich zur allgemeinen Personalkostenpauschale wird zudem für jeden Fördermonat eine Anschubhilfe in Höhe von 20 Prozent der Lohnsumme eingeführt, die im entsprechenden Referenzmonat 2019 angefallen ist; die maximale Gesamtförderhöhe dieser Anschubhilfe beträgt 2 Mio. Euro.

Weitere geplante Verbesserungen für die Kulturbranche:

- Es ist darüber hinaus außerhalb der Überbrückungshilfe ein Sonderfonds für Kulturveranstaltungen geschaffen worden, der einen Wirtschaftlichkeitsbonus für Corona-bedingt niedrig frequentierte Kulturveranstaltungen und für sowohl in Präsenzform als auch online angebotene Kulturveranstaltungen („hybride Veranstaltungen“) ermöglicht. Hinzu kommt eine Ausfallabsicherung für größere Kulturveranstaltungen, die für die Zeit ab dem 1. September 2021 geplant werden.

Groß- und Einzelhändler, Hersteller und professionelle Weiterverarbeiter:

- Sonderabschreibungen für verderbliche Ware und Saisonware (bisher nur Winterware), die wegen des Lockdowns nicht abgesetzt werden konnte, können als förderfähige Fixkosten geltend gemacht werden.

Reisebranche:

- Provisionen sowie externe Ausfall- und Vorbereitungskosten, eine Personalkostenpauschale für bestimmte Reisen rückwirkend ab März bis Dezember 2020 sowie eine Anschubhilfe von 20 Prozent der im Referenzmonat 2019 angefallenen Lohnsumme für jeden Fördermonat können beantragt werden.

Neustarthilfe für Soloselbständige

Zum Überbrückungsgeld gehört auch die sogenannte "Neustarthilfe für Soloselbständige". Damit soll der besonderen Situation von Soloselbständigen, insbesondere Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden Rechnung getragen werden.

Höhe:

Soloselbständige können alternativ zum Einzelnachweis der Fixkosten im Rahmen der Überbrückungshilfe eine einmalige Betriebskostenpauschale in Höhe von 50 % des Vergleichsumsatzes ansetzen. Sie erhalten dann einen monatlichen Betrag von 1.250 € bis 1.500 € als „Neustarthilfe bzw. ab Juli als Neustarthilfe Plus“. Sie deckt den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 30. September 2021 ab und wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet.

Antragsberechtigt:

Antragsberechtigt sind **Soloselbständige**, die ansonsten im Rahmen der Überbrückungshilfen keine Fixkosten geltend machen bzw. geltend machen können und die ihr Einkommen im Referenzzeitraum (im Normalfall das Jahr 2019) zu mindestens 51 % aus selbstständiger Tätigkeit erzielt haben.

Die volle Betriebskostenpauschale wird gewährt, wenn der Umsatz der oder des Soloselbständigen während der siebenmonatigen Laufzeit Dezember 2020 bis Juni 2021 im Vergleich zu einem 7-monatigen Referenzumsatz 2019 um mehr als 50 % zurückgegangen ist.

NEU: Auch sog. unständig Beschäftigte sollen die Neustarthilfe beantragen können - damit soll nunmehr auch Schauspielern geholfen werden.

Auszahlung der Neustarthilfe

Die Neustarthilfe soll als **Vorschuss** ausgezahlt werden, auch wenn die konkreten Umsatzeinbußen während der Laufzeit bei Antragstellung noch nicht feststehen. Sollte der Umsatz während der Laufzeit anders als zunächst erwartet bei über 50 % des 7-monatigen Referenzumsatzes liegen, sind die Vorschusszahlungen anteilig zurückzuzahlen.

Bei einem Umsatz von 50 bis 70 % ist ein Viertel der Neustarthilfe zurückzuzahlen, bei einem Umsatz zwischen 70 und 80 % die Hälfte und bei einem Umsatz zwischen 80 und 90 % drei Viertel. Liegt der erzielte Umsatz oberhalb von 90 %, so ist die Neustarthilfe vollständig zurückzuzahlen.

Nach Ablauf des Förderzeitraums ist eine Endabrechnung durch **Selbstprüfung** zu erstellen. Im Rahmen dieser Prüfung sind etwaige Einkünfte aus abhängiger Beschäftigung zu den Umsätzen aus selbstständiger Tätigkeit zu addieren. Der Bewilligungsstelle sind anfallende Rückzahlungen bis zum 31.12.2021 unaufgefordert mitzuteilen und zu überweisen.

Antrag:

Die Antragstellung erfolgt unter: www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de

Hotline: 030-1200 21034 (Servicezeiten Mo-Fr, 8-18 Uhr)

Antragstellung **ab 16. Februar 2021**. Die regulären Auszahlungen starten im März 2021. Antragsfrist endet am 31. August 2021.

Härtefallhilfe

Die Härtefallhilfen ergänzen die bisherigen Corona-Hilfen für Unternehmen und Selbständige.

Wer aufgrund von speziellen Fallkonstellationen unter den bestehenden umfassenden Hilfsprogrammen von Bund und Ländern nicht berücksichtigt und dennoch infolge der Corona-Pandemie in der wirtschaftlichen Existenz bedroht ist, kann diese Hilfen beantragen. Die Voraussetzungen werden im Einzelfall geprüft. Weiterführende Informationen werden durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt [> HIER](#) zur Verfügung gestellt.

Programmbedingungen

Es handelt sich um Zuschüsse für Härtefälle in Anlehnung an das Regelwerk der bisherigen Unternehmenshilfen. Der Härtefallfonds ist eine Ergänzungsfazilität der Länder zu den bisherigen Unternehmenshilfen des Bundes. Eine Doppelförderung mit anderen Corona-Hilfsprogrammen des Bundes und der Länder ist ausgeschlossen. Im Regelfall sollen je Unternehmen max. 100.000 € gezahlt werden.

Die förderfähigen Maßnahmen orientieren sich an der Überbrückungshilfe. Die Höhe der Unterstützungsleistung im Härtefall hat sich im Prinzip weiterhin an den ungedeckten Fixkosten und Corona-bedingten Umsatzeinbrüchen zu orientieren.

Antragstellung

Die Feststellung eines vorliegenden Härtefalls erfolgt NICHT durch ein automatisiertes System, sondern durch Einzelfallentscheidungen der Länder. Jedes Land richtet einen geeigneten Entscheidungsmechanismus ein („Härtefallkommission“). Die Länder einigen sich im Einklang mit der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund hierfür auf gemeinsame Leitlinien, die öffentlich gemacht werden, um ein möglichst einheitliches Vorgehen der Länder zu gewährleisten.

Richtlinie:

https://www.ib-sachsen-anhalt.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wirtschaft/Haertefallhilfe_Richtlinie.pdf

Antragsfrist

Anträge für den Härtefallfonds können bis zum 31.10.2021 gestellt werden.

Nachweise

Nachweise über abgelehnte Anträge auf November-, Dezemberhilfe, Überbrückungshilfe und ggfs. Länderprogramme oder Nachweis, dass faktisch keine Antragsberechtigung für Unternehmen oder bestimmte Fallkonstellation vorliegt bzw. keine Förderung entsprechend dem Ziel des Hilfsprogramms möglich ist, sind nötig.

Investitionsbank Sachsen-Anhalt: IB-Konjunkturdarlehen (Sachsen-Anhalt ZUKUNFT)

Das IB-Konjunkturdarlehen stellt bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) einschließlich der Angehörigen der freien Berufe finanzielle Mittel für Investitionen in die ZUKUNFT des Unternehmens und die Liquiditätssicherung infolge des COVID-19-Ausbruchs zur Verfügung.

Art der Förderung:

- Investitionen
- Betriebsmittel- /Ausgaben
- Auftragsvorfinanzierung
- Liquiditätssicherung (in Zusammenhang mit COVID-19-Ausbruch)

Höhe der Förderung:

- Darlehen bis zur vollen Höhe des Finanzierungsbedarfs (mind. 10.000 Euro, max. 3 Mio. Euro)
- bis zu zwei Jahre tilgungsfrei
- Laufzeit und Zinsbindung bis zu 15 Jahre

Voraussetzungen:

- per 31.12.2019 dürfen die Kriterien für „Unternehmen in Schwierigkeiten“ nicht erfüllt worden sein (Ausnahme kleine und Kleinstunternehmen)
- keine Ablösung bestehender Verbindlichkeiten oder des Engagements eines Kreditinstituts
- keine Vorfinanzierung der erstattungspflichtigen Mehrwertsteuer
- keine Finanzierung von Grunderwerb

Antragsverfahren:

Antragsformulare (unter www.ib-sachsen-anhalt.de) abrufbar. Sie können ausgefüllt und an die folgende E-Mail-Adresse gesandt werden: Darlehen-corona@ib-lsa.de oder per Post an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Domplatz 12, 39104 Magdeburg.

Hotline: 0800 56 007 57 Montag bis Freitag 8.00 – 18.00 Uhr

KfW-Schnellkredit

Die Bundesregierung spannt einen umfassenden Schutzschirm für die Wirtschaft angesichts der Herausforderungen der Corona-Krise. Auf Basis des am 03.04.2020 von der EU-Kommission veröffentlichten angepassten Beihilfenrahmens führt sie umfassende KfW-Schnellkredite ein.

Die KfW-Schnellkredite für alle Unternehmen:

- Der Schnellkredit steht Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten (max. 249) zur Verfügung, die mindestens seit 1. Januar 2019 am Markt aktiv gewesen sind.
- Das Unternehmen muss im Jahr 2019 oder im Durchschnitt der letzten drei Jahre einen Gewinn ausgewiesen haben
- Das Kreditvolumen pro Unternehmen beträgt bis zu 3 Monatsumsätzen des Jahres 2019, maximal € 1.800.000 für Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl über 50 Mitarbeitern, maximal € 1.125.000 für Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von bis zu 50.
- Für Soloselbständige und Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten maximal € 675.000
- Das Unternehmen darf zum 31. Dezember 2019 nicht in Schwierigkeiten gewesen sein und muss zu diesem Zeitpunkt geordnete wirtschaftliche Verhältnisse aufweisen.
- Zinssatz in Höhe von **aktuell 3% (Stand 14.7.)**; Laufzeit bis zu 10 Jahre.
- Die Bank erhält eine Haftungsfreistellung in Höhe von 100 % durch die KfW, abgesichert durch eine Garantie des Bundes.
- Die Kreditbewilligung erfolgt ohne weitere Kreditrisikoprüfung durch die Bank oder die KfW. Hierdurch kann der Kredit schnell bewilligt werden.

Der Bund übernimmt dafür das vollständige Risiko und stellt die Hausbanken von der Haftung frei.

Anträge können bis zum 31. Dezember 2021 gestellt werden.

KfW-Corona-Hilfe Kreditprogramm

KfW-Kredit für Unternehmen, die länger als 5 Jahre am Markt sind:

- Wenn Sie einen Kredit für Investitionen und Betriebsmittel beantragen, übernimmt die KfW einen Teil des Risikos Ihrer Bank.
- Für große Unternehmen bis zu 80 % Risikoübernahme
- Für kleine und mittlere Unternehmen bis zu 90 % Risikoübernahme
- Reduzierter **Zinssatz von 1,00 bis 2,12 % p.a.**

Der Kredithöchstbetrag ist begrenzt auf 25 % des Jahresumsatzes 2019 oder das doppelte der Lohnkosten von 2019 oder den aktuellen Finanzierungsbedarf für die nächsten 18 Monate bei kleinen und mittleren Unternehmen bzw. 12 Monate bei großen Unternehmen oder 50 % der Gesamtverschuldung Ihres Unternehmens bei Krediten über 25 Mio. €.

ERP-Gründerkredit – Universell:

Wenn das Unternehmen mindestens 3 Jahre am Markt aktiv ist bzw. zwei Jahresabschlüsse vorweisen kann, können Sie einen Kredit für Investitionen und Betriebsmittel beantragen. Dabei übernimmt die KfW einen Teil des Risikos Ihrer Bank. Das erhöht die Chance, eine Kreditzusage zu erhalten.

- Für große Unternehmen bis zu 80 % Risikoübernahme
- Für kleine und mittlere Unternehmen bis zu 90 % Risikoübernahme
- Reduzierter **Zinssatz von 1,00 bis 2,12 % p. a**

Der Kredithöchstbetrag ist begrenzt auf 25 % des Jahresumsatzes 2019 oder das doppelte der Lohnkosten von 2019 oder den aktuellen Finanzierungsbedarf für die nächsten 18 Monate bei kleinen und mittleren Unternehmen bzw. 12 Monate bei großen Unternehmen oder 50 % der Gesamtverschuldung Ihres Unternehmens bei Krediten über 25 Mio. €.

Anträge können bis zum 31. Dezember 2021 gestellt werden.

Internet:

<https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/KfW-Corona-Hilfe-Unternehmen.html>

Hotline: 0800 539 9000 Montag bis Freitag 08:00 bis 18:00 Uhr (kostenfreie Servicenummer)

Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld

- Ein Anspruch besteht bereits, wenn mindestens 10 % der Beschäftigten einen Arbeitsentgeltausfall von mehr als 10 % haben
- Vollständige Erstattung der anfallenden Sozialversicherungsbeiträge für ausgefallene Arbeitsstunden durch die Bundesagentur für Arbeit
- Der Bezug ist bis zu 12 Monate möglich. Bis Ende 2021 gilt unter bestimmten Voraussetzungen eine Bezugsdauer von längstens 24 Monaten.
- Einführung eines Anspruchs auf Kurzarbeitergeld auch für Leiharbeitnehmer
- Auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden (Minusstunden) wird befristet bis zum Jahresende verzichtet.

Antragstellung:

über die zuständige Agentur für Arbeit (auch online möglich).

Höhe:

Die Beschäftigten erhalten 60 % des Netto-Entgelts als Kurzarbeitergeld (Beschäftigte mit mindestens einem Kind: 67 %). Ab dem 4. Bezugsmonat kann das Kurzarbeitergeld erhöht werden, in 3 Stufen bis zu max. 87 % des Nettolohns - vorausgesetzt, der Entgeltausfall beträgt im jeweiligen Monat mindestens 50 %.

Ansprechpartner:

Agentur für Arbeit/Arbeitgeber-Service: Tel. 0800 4 555520 (werktags 8.00 – 18.00 Uhr)
Quelle: Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 12/2020 vom 14.03.2020

Internet:

<https://www.arbeitsagentur.de/news/corona-virus-informationen-fuer-unternehmen-zum-kurzarbeitergeld>

FAQ und Erklärungsvideo:

<https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/finanziell/kurzarbeitergeld-videos>

Verdienstaufallentschädigung nach § 56 Infektionsschutzgesetz (IfSG)

Die Verdienstaufallentschädigung deckt Fälle ab, bei denen Personen nicht selbst erkrankt sind, sondern als Kontaktpersonen und als Ansteckungsverdächtige isoliert werden müssen und keinen finanziellen Anspruch gegen Arbeitgeber, Krankenkassen oder Versicherungen haben.

Antragsberechtigt sind Arbeitnehmer, Selbständige, aber auch Arbeitgeber für ihre Arbeitnehmer.

Der Entschädigungsumfang richtet sich nach der Art des Ausfalls (Arbeitnehmer oder Selbständiger) sowie der Zeitdauer des Ausfalls. Arbeitgeber sind verpflichtet, die Entschädigungszahlungen für Arbeitnehmer für längstens 6 Wochen voraus zu finanzieren.

Höhe:

Für die ersten sechs Wochen wird sie in voller Höhe des Verdienstaufalls gewährt. Mit Beginn der siebten Woche wird sie in Höhe des Krankengeldes nach § 47 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch gewährt, soweit der Verdienstaufall nicht die Jahresarbeitsentgeltgrenze von gesetzlichen Krankenkassen übersteigt.

Ansprechpartner:

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt/Bereich Gesundheitswesen
Telefon: 0345 514-1567
(Quelle: Infektionsschutzgesetz (IfSG), Bundesgesetzblatt Teil 1, Seite 1045)

Link:

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/FAQs_zu_56_IfSG_BMG.pdf

Ergänzende Hilfen für die Gastronomie

Die Bundesregierung hat schnelle und zielgerichtete Verbesserungen im Steuerrecht beschlossen, die Beschäftigte und Unternehmen unterstützen. So soll in der Gastronomie der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten und es sind Steuererleichterungen beim Kurzarbeitergeld vorgesehen

Ermäßigte Mehrwertsteuersatz generell:

Der Mehrwertsteuersatz für Speisen in Restaurants und Gaststätten wird von 19 auf 7 % abgesenkt. Das soll das Gastronomiegewerbe in der Zeit der Wiedereröffnung unterstützen und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Beschränkungen mildern. Die Regelung gilt ab dem 1. Juli 2020 und ist bis Ende 2022 befristet. (Achtung: es griff ergänzend auch noch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz bis Ende 2020)

Ermäßigte Mehrwertsteuersatz bis Ende 2020:

Zudem wurde zur Stärkung der Binnennachfrage die Mehrwertsteuer vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020 von 19 % auf 16 % bzw. von 7 % auf 5 % gesenkt.

Mehrwertsteueränderung			
Getränke / Standardsteuersatz	16%	19%	19%
Speisen im Haus	5%	7%	7%
Speisen außer Haus	5%	7%	7%
	ab 01.07.2020	ab 01.01.2021	bis 31.12.2022

Anrechnung von Renovierungs- oder Umbaumaßnahmen:

Im Rahmen der Verbesserungen der Überbrückungshilfe III sind nun deutlich mehr Kosten erstattungsfähig: u.a. auch bauliche Modernisierungs-, Renovierungs- oder Umbaumaßnahmen bis zu **20.000 € pro Monat zur Umsetzung von Hygienekonzepten** (auch rückwirkend bis März 2020); Investitionen in Digitalisierung (z.B. der Aufbau eines Onlineshops, Eintrittskosten bei großen Plattformen) einmalig bis zu 20.000 €.

Steuererleichterung beim Kurzarbeitergeld:

Aufstockungszahlungen zum Kurzarbeitergeld, die Unternehmen zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. Dezember 2020 geleistet haben, bleiben steuerfrei. Voraussetzung ist, dass Aufstockungsbetrag und Kurzarbeitergeld zusammen 80 % des ausgefallenen Arbeitsentgelts nicht übersteigen. Wird mehr gezahlt, muss nur der darüber hinaus gehende Teil versteuert werden. Das entspricht der Regelung im Sozialversicherungsrecht und sorgt dafür, dass die Zahlungen ungeschmälert bei den Beschäftigten ankommen.

Sozialschutzpaket/Grundsicherung

Das Sozialschutz-Paket regelt den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2. Es beinhaltet u.a. folgende Maßnahmen:

- Verbessertes Krisen-Kurzarbeitergeld (KuG)
- Vereinfachter Zugang zu Grundsicherung
- Vereinfachter Zugang zum Kinderzuschlag
- Einsatz der sozialen Dienste in der Corona-Hilfe
- Entschädigung wegen Kita- und Schulschließung
- Erwachsene Leistungsberechtigte der sozialen Mindestsicherungssysteme erhalten eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 150 Euro je Person für das erste Halbjahr 2021.

Die Regelungen über den erleichterten Zugang zur Grundsicherung gelten für Bewilligungszeiträume, die bis zum 31. Dezember 2021 beginnen.

Internet:

<https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/sozialschutz-paket3.html;jsessionid=C397E524FFEF84A7C61B3F70A0CEF839.delivery1-replication>

Ansprechpartner:

Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit Halle und des Jobcenters Halle (Saale)

Tel: 0345 / 52491007

Fax: 0345 / 52497117

Jobcenter Halle (Saale)

Neustädter Passage 6

06122 Halle (Saale)

Gewerbesteuervergünstigungen

Die Stadt Halle (Saale) unterstützt als eine der ersten Städte bundesweit die Unternehmen im Stadtgebiet mit Steuervergünstigen. (bis 30.09.2021)

- So werden auf Antrag keine Vorauszahlungen für Gewerbesteuern fällig. Zudem sind zinslose Stundungen möglich.
- Verschiebungen der Grundsteuer-Fälligkeiten und zinslose Stundungen sind auf Antrag ebenfalls möglich.
- Ebenso werden zinslose Stundungen auf Antrag bei der Vergnügungssteuer eingeräumt.

Der Antrag kann formlos gestellt werden und direkt unter gewerbesteuer@halle.de eingereicht werden, sofern eine unmittelbare Betroffenheit in Folge der derzeitigen Ausbreitung des Corona Virus vorliegt. Der Antrag muss dabei vor der nächsten Fälligkeit gestellt werden.

Ansprechpartner:

Frau Beatrix Kloss
Stadt Halle (Saale)
Fachbereich Finanzen
Abteilung Steuern
Dienstgebäude: Schmeerstr. 1
06108 Halle (Saale)
Telefon: 0345 221-4416, Telefax: 0345 221-4437
beatrix.kloss@halle.de

Steuerliche Liquiditätshilfen für Unternehmen

Um die Liquidität in Unternehmen zu verbessern, werden die Möglichkeiten zur Stundung von Steuerzahlungen, zur Senkung von Vorauszahlungen und die Bedingungen im Bereich der Vollstreckung verbessert. Folgende Erleichterungen bestehen:

- Die Gewährung von Stundungen wird erleichtert.
- Steuervorauszahlungen werden unkompliziert und schnell gesenkt. Dazu müssen die Unternehmen beim Finanzamt beantragen, ihre Steuervorauszahlungen an die gesenkten Erträge anzupassen. Im besten Fall können sie die Vorauszahlungen der Gewerbesteuer sogar komplett aussetzen.
- Auch Sozialversicherungsbeiträge können gestundet werden. Anträge sind bei der zuständigen Krankenkasse zu stellen.
- ab sofort, bei vereinbarter Ratenzahlung bis längstens zum 30. September 2021 sind Anträge auf eine - im Regelfall zinsfreie - Stundung von fällig werdenden Steuern möglich.

Ansprechpartner:

zuständiges Finanzamt, zuständige Krankenkasse

Internet Finanzamt: <https://finanzamt.sachsen-anhalt.de>,

Hotline: 0345 6924-0

Aktuelle Informationen des Finanzministeriums: www.mf.sachsen-anhalt.de/corona-aktuelle-informationen-des-finanzministeriums

Bürgschaften der Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt

Bürgschaftshöchstbetrag:

Anhebung von € 1,25 Mio. auf € 2,5 Mio. (entspricht einem maximalen Kreditbetrag bei einer 80%igen Verbürgung von € 3,125 Mio.)

Express-Bürgschaften (BB EXPRESS):

Express-Bürgschaften können nun bis € 400.000 Bürgschaftsbetrag innerhalb von 3 Bankarbeitstagen zur Verfügung gestellt werden. Auch Bestandsengagements profitieren von dieser Regelung, solange ein Gesamtbürgschaftsengagement von € 1,25 Mio. nicht überschritten wird. Der Verbürgungsgrad steigt auf bis zu 90 %. Ab einem Kreditbetrag von € 100.000 wird ein Liquiditätsplan für die nächsten 12 Monate benötigt.

Bonitätsprüfung:

Bei der Prüfung der Bonität wird auf die wirtschaftlichen Zahlen per 31.12.2019 abgestellt (Bilanz/BWA/Rating).

Änderungen bei bestehenden Bürgschaftsengagements:

Änderungen zum Bürgschaftsvertrag, die durch die Corona-Krise erforderlich werden (beispielsweise Tilgungsaussetzungen und Stundungen), werden unbürokratisch und für die Unternehmen kostenfrei umgesetzt.

Ansprechpartner:

Bürgschaftsbank Sachsen – Anhalt GmbH
Große Diesdorfer Str. 228
39108 Magdeburg
Telefon: 0391-73752-0
Telefax: 0391-73752-15
E-Mail: info@bb-mbg.de

Internet:

<https://www.bb-mbg.de/index.php/aktuelles/item/294-corona-finanzierungshilfen-fuer-betroffene-unternehmen>